



Wählen oder nicht wählen – das ist (nicht) die Frage.

Ein Debattenbeitrag des Antifaschistischen Aufbau Köln

Wählen ist eine Legitimation.

Nicht wählen ist keine Delegitimation.

Antifaschistischer Aufbau Köln, Juni 2024

web: antifaaufbau.noblogs.org

instagram: [antifaaufbaukoeln](https://www.instagram.com/antifaaufbaukoeln)

Antifaschistisch aktiv werden?

Offenes Antifa Treffen: jeden zweiten Montag im Monat um 19 Uhr
im Linken Zentrum Köln, Antoniastraße 1 Köln-Kalk.

Eigentumsvorbehalt

im Falle der Versendung in eine JVA:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie der/dem Absender/in unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Dasselbe hat bei nur teilweiser Aushändigung dieser Broschüre mit den nicht ausgehändigten Teilen zu geschehen.

1. Einleitung

In seiner Rede anlässlich der Europa-delegiertenkonferenz der SPD stellt Olaf Scholz über die kommende Europawahl fest: *“Aus meiner Sicht ist das eine ganz zentrale Wahl! Denn das, was wir hier in Deutschland erleben – das stark werden rechter Populisten, von Parteien, die gegen Europa Wahlkampf machen, die ihre Stimmen damit werben wollen, dass sie sagen, das mit der Europäischen Union hat keine Perspektive - das haben wir ja auch in vielen anderen Ländern Europas erlebt. [...] Die Europawahl ist für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes eine Chance, ein klares Votum gegen Rechts abzugeben. Die Europawahl ist eine Chance, das zu tun, indem man demokratische Parteien und nicht die Rechten wählt. Und die beste Idee, das zu tun, ist, die älteste demokratische Partei und die Partei, die am längsten Europa als Perspektive in ihren Programmen hat, zu wählen”*

Damit geht Olaf Scholz auf jene Entwicklungen ein, die spätestens seit der Correctiv-Recherche Anfang Januar in aller Munde ist: Den Rechtsruck. Auch wenn Scholz in seiner Rede weder den strukturellen Ursprung des Rechtsrucks, noch die Rolle seiner eigenen Partei in diesem benennt, ergibt es Sinn in diesem Kontext von den anstehenden Wahlen zu sprechen. Die AfD erzielte bei den Europawahlen 2019 bereits 11% der Wähler*innenstimmen. Angesichts der allgemeinen Entwicklung dieser Partei ist dieses Jahr mit höheren Ergebnissen zu rechnen.

Die Lösung von Olaf Scholz für dieses Problem: SPD wählen. Eine Stimme für die SPD ist in dieser Argumentation gleichzeitig auch eine Stimme gegen die AfD. Die eigenen, tatsächlichen Inhalte werden dabei dann zweitrangig, es reicht aus, (vermeintlich) gegen Rechts zu sein – ganz nach dem Motto: „Es wird zwar nicht unbedingt besser mit uns, aber mit den Anderen wird es auf jeden Fall schlimmer.“ Dieses Narrativ des geringeren Übels ist aus den deutschen Wahlkämpfen nicht wegzudenken,

linksliberale Kräfte wiederholen vor jeder Wahl Sprüche wie „Jede nicht abgegebene Stimme ist eine Stimme für die AfD“, „Wählen ist wie Zähne putzen: Wenn du es nicht machst, wirds braun“ und und und...

2. ...was ist dran? Die politische Relevanz der anstehenden Wahlen

Umfragen bezüglich der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen legen nahe, dass die AfD in einem oder mehreren dieser Länder stärkste Kraft werden könnte.

Schon jetzt ist klar; Die AfD wird dieses Jahr – selbst beim Ausbleiben einer Regierungsbeteiligung – nicht nur Einflussgewinn auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene verzeichnen können. Und, wenn man die Europawahl im Juni in den Blick nimmt, genauso auf europäischer Ebene. Denn, auch wenn die AfD für ihre Kritik an der europäischen Union bekannt ist; sie profitiert von ihr – durch Gelder, der europaweiten Vernetzung mit anderen rechten Kräften (sowohl innerhalb als auch außerhalb der „Identität und Demokratie“-Fraktion) und nicht zuletzt durch Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Zwar geben 48% der Deutschen an, sich weniger bis gar nicht für die Europawahlen zu interessieren: Dennoch haben fast alle gesellschaftlich relevanten und polarisierenden Themen der letzten Monate einen starken Bezug zur EU – der Ukrainekrieg, Aufrüstung, die Bauernproteste gegen die Umweltauflagen der EU, das Asylrecht. Dass die Rechten diese Verortung der gesellschaftlich relevanten Themen ebenfalls erkennen und das Parlament taktisch nutzen, versteht sich von selbst. Insbesondere dieses taktische Verhältnis unseres Feindes zum Parlamentarismus unterstreicht die Dringlichkeit einer Auseinandersetzung aus Perspektive des antifaschistischen Teilbereichs, eingebettet in einen revolutionären Aufbauprozess.

Wir möchten also das bürgerliche Par-

lament als mögliches Kampffeld einer revolutionären Bewegung untersuchen – mit besonderem Blick auf den antifaschistischen Kampf und die daraus folgenden, taktischen Konsequenzen.

Hierzu haben wir uns in der Vorbereitung unter anderem mit dem Text „Zur Frage des Parlamentarismus“ beschäftigt – einer Veröffentlichung von Georg Lukacs aus dem Jahre 1920, auf die wir uns in den kommenden Ausführungen beziehen wollen. Dazu muss gesagt werden: Wir sind uns bewusst darüber, dass sich die damaligen gesellschaftlichen Gegebenheiten grundlegend von den jetzigen unterscheiden. Lukacs' Analysen bürgerlicher Herrschaft und des proletarischen Klassenkampfes als Gegenentwurf können also nicht mehr ohne Weiteres auf die heutige Zeit angewendet werden, sie können aber dennoch als Anstoß- und Stützpunkt unserer Überlegungen dienen.

3. Eine theoretische Einordnung des Parlaments

An einer anderen Stelle in der oben genannten Rede sagt Olaf Scholz: *„Die Nationalisten handeln gegen das nationale Interesse. Das war schon immer so [...] Das stärkste nationale Interesse, das wir in Deutschland haben, ist eine starke Europäische Union.“* Bei dieser Aussage, die sich eigentlich um die Europäische Union dreht, wird fast nebensächlich auch Scholz' Blick auf den Nationalstaat offenbar: Eine Nation, ein gemeinsames Interesse. Von Klassenunterschieden und -interessen keine Spur. Das ist nicht nur sentimentales Gerede, sondern verfolgt ein klares Ziel:

„Wie die Gesamtorganisation der bürgerlichen Gesellschaft, ist auch der letzte, wenn auch selten bewußte, Zweck der parlamentarisch-bürgerlichen Parteien: die Verdunkelung des Klassenbewußtseins. Als verschwindende Minderheit der Bevölkerung vermag die Bourgeoisie ihre Herrschaft nur dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie alle ma-

teriell wie ideologisch schwankenden und unklaren Schichten in ihre Gefolgschaft einreihet.“ schreibt es Georg Lukacs.

Aufrüstung, Sparpolitik, Lobbyismus – bei einem Blick auf die Politik der bürgerlichen Parteien stellt sich die Frage: Von welchem „Wir“ spricht Olaf Scholz hier eigentlich? Denn auch, wenn bürgerliche Politiker:innen immer wieder betonen, sie würden es gut mit uns meinen, machen sie in letzter Konsequenz Politik für unsere Chefs und unsere Vermieter:innen. Das Parlament ist eine institutionalisierte Form des Klassenkampfes von oben. Seine Mitglieder machen Politik auf dem Rücken des Proletariats und sind dennoch auf unsere Stimmen angewiesen, denn die arbeitende Klasse stellt die Mehrheit der Bevölkerung. Es gilt also: Bürgerliche Herrschaft ist auf die Zustimmung der Mehrheit angewiesen, die sie gleichzeitig ausbeutet und unterdrückt. *„Die Fiktion der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie beruht ja gerade darauf, daß das Parlament nicht als ein Organ der Klassenunterdrückung, sondern als Organ des »ganzen Volkes« erscheint.“* heißt es in „Zur Frage des Parlamentarismus“.

Diese „Fiktion“ funktioniert nur solange sich die Arbeiter:innen ihrer Stellung nicht bewusst werden. Sinn und Zweck der bürgerlichen Parteien ist es deshalb, so Lukács, den Klassenwiderspruch zu verschleiern, damit die herrschende Klasse bloß nicht in eine Legitimationskrise gestürzt wird. Die politischen Debatten drehen sich deshalb vielmehr um die Frage, welches Antlitz der bürgerlichen Klassenherrschaft verpasst werden soll. Konservativ, nationalistisch, neoliberal oder doch linksliberal? Um echte Alternativen geht es hier nicht.

Wie marginal die Unterschiede im Parteienspektrum wirklich sind, zeigten zuletzt die Ereignisse rund um die Correctivresearch: Im Januar und Februar dieses Jahres gingen Hunderttausende bundesweit auf die Straße gegen Rechts.

Die Ampel solidarisierte sich mit der Protestbewegung – sah sich teilweise sogar als Teil davon – und verabschiedete zeitgleich das sogenannte „Rückführungsverbesserungsabkommen.“ Das Gesetz greift die Rechte Schutzsuchender an, verschärft Abschiebemaßnahmen, kriminalisiert Fluchthilfe und beweist so, dass es für die Verwirklichung rechter Deportationspläne keine AfD in der Regierung braucht.

Die Brandmauer bürgerlicher Parteien gegen Rechts besteht aus nicht viel mehr als unterschiedlichen Begrifflichkeiten. Es sind eben diese Begrifflichkeiten, die den Bürger:innen das Gefühl vermitteln, sie stünden vor einer wirklichen Wahl. Doch die Hoffnung, durch parlamentarische Wahlen könnte sich ihre ökonomische Situation verbessern, muss zwangsweise enttäuscht werden. Jede abgegebene Stimme ist eine Stimme für die vorherrschenden Verhältnisse, denen der Widerspruch zwischen Arm und Reich innewohnt. *„The Master’s Tools will never dismantle the Master’s House“* schreibt Audre Lorde treffend. Und das Parlament stellt das „ureigenste Instrument“ der Bourgeoisie dar.

3.1 Das Parlament als linkes Kampffeld?

“Der Klassenkampf des Proletariats [hingegen] leugnet seinem Wesen nach die bürgerliche Gesellschaft.“ Lukacs stellt klar, dass der Bruch mit dem bürgerlichen Staat nicht nur das bloße Ziel linker Politik sein kann, sondern ebenso für die dafür angewandte Taktik und Aktionsformen gelten muss – das heißt sie leben von Selbstorganisation und Illegalität. Die Antagonie zum Staat kann nicht nur als theoretische Meinung kundgetan werden, sondern muss konkrete Anwendung in militanter Praxis finden.

Allerdings führt er weiter aus: *„Nun darf aber nicht vergessen werden, daß diese ganz reine Art des proletarischen Klassenkampfes sich nur selten rein entfalten kann. Wobei es sich aus dem bisher Gesagten von selbst er-*

gibt, daß in defensiven Lagen taktische Mittel angewendet werden müssen, die ihrem innersten Wesen nach der Idee des proletarischen Klassenkampfes widersprechen.“ Lukács nähert sich dieser Problemstellung aus der Position einer kommunistischen Partei, die in einer solchen defensiven Phase die parlamentarische Tätigkeit aufnimmt, und beschäftigt sich weitergehend mit den Gefahren und Problematiken einer solchen proletarischen Parlamentsfraktion.

Es ist klar, dass sich die kommunistische Bewegung zur Zeit an einem ganz anderen Punkt befindet und sich deshalb auch grundlegend andere Fragen stellen muss. Es fehlt an einer linken Parlamentsfraktion, die Teil einer kämpfenden Bewegung ist. Diejenigen, die diese Verbindung als Anspruch formulieren, scheitern meist im selben Moment daran. Wie gehen wir also mit diesen – reformistischen – Kräften, wie der Partei „Die Linke“, um?

Kritik im Parlament ist keine Kritik am Parlament. Ganz im Gegenteil: Durch das Äußern von Kritik – sei es in Form von Redebeiträgen oder Abstimmungen – stützt man das bourgeoise Narrativ, das Parlament repräsentiere die gesamte Bevölkerung und ihre verschiedenen Interessen. Solange an die parlamentarische Tätigkeit keine revolutionäre Praxis anknüpft, ist jede aufgestellte Forderung, egal wie radikal, nur eine weitere Forderung, die den, von der Bourgeoisie gesetzten Rahmen nicht verlässt und ihre Wähler*innen vielmehr in diesen Rahmen einhegt. Die Aufgabe einer proletarischen Fraktion wäre jedoch, durch „Anschauungsunterricht des revolutionären Handelns“ ihren Wähler*innen die Prinzipien des proletarischen Klassenkampfes zu vermitteln – sie also nicht nur für die Wahl, sondern auch für die Bewegung zu gewinnen. Der bloße Aufruf zur Wahl wirkt sich deshalb nicht *„bewußtseinfördernd, sondern im Gegenteil [...] [b]ewußtsein[s]trübend“* auf die Massen aus.

„Die Abgabe der Stimme ist nicht nur keine Tat, sondern was viel schlimmer ist: eine Scheintat, die Illusion einer Tat [...]. Es entsteht ein scheinbar großes Heer, das im Augenblick, wo ein ernstes Standhalten notwendig wird, völlig versagt.“

Solange die Notwendigkeit der außerparlamentarisch Organisierung nicht vermittelt wird, sind Wahlgewinne linker Parteien nicht als Gewinne einer revolutionären Bewegung zu verzeichnen.

Nichtsdestotrotz steht bei Wahlen viel auf dem Spiel. Lukács warnt in „Zur Frage des Parlamentarismus“ vor politischen „Indifferentismus“. Unsere Antagonie zum bürgerlichen Staat darf sich nicht in einer Gleichgültigkeit gegenüber bürgerlicher Politik äußern. Denn wir müssen unseren Feind kennen, um ihn bekämpfen zu können.

So teilen linksreformistische und konservative Kräfte zwar ihren bourgoisen Charakter, sie miteinander gleichzusetzen wäre dennoch ein Trugschluss. Die Unterschiede ihrer Politik spüren wir sowohl als gesamte Klasse bei Mieten, Löhnen und Renten als auch als linke Bewegung. Mit Blick auf die Ereignisse in Lützerath letztes Jahr lässt sich zum Beispiel davon ausgehen, dass rechtliche Parteien weit repressiver gegen die Bewegung vorgegangen wären, besonders mit strafrechtlicher Verfolgung im Nachhinein. Die Grünen hingegen gelten immer noch als linke „Klima“-Partei und eine noch breitere mediale und gesellschaftliche Aufarbeitung der Geschehnisse hätte diesem Narrativ nachhaltig schaden können.

Es ist also unabdingbar, sich mit den jeweiligen Positionen seiner Gegner im politischen Kampf auseinanderzusetzen, um so seine eigene Taktik immer wieder korrigieren und neu ausrichten zu können. Im antifaschistischen Kampf bedeutet das eben auch besonders, sich mit den faschistischen Positionen zur parlamentarischen Arbeit zu befassen.

4. Die faschistische Bewegung und das Parlament

Zwar wollen bürgerliche wie faschistische Parteien das kapitalistische Wirtschaftssystem erhalten, ihr Verhältnis zum Parlamentarismus unterscheidet sich dennoch sehr:

So liegt das Ziel der bürgerlichen Parteien im Machtaufbau in den bestehenden Parlamenten, Regierungen und Institutionen. Ihr Erfolg wird an den Wahlergebnissen gemessen. Das Umfeld der Wahlpartei dient dabei lediglich der Unterstützung der parlamentarischen Macht.

Eine faschistische Bewegung und dessen Wahlpartei sieht ihr Kampffeld nicht ausschließlich im Parlament. Der Kampf um Macht wird auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführt: in Nachbarschaften, Betrieben, im Justiz- und Sicherheitsapparat, in der Medien- und Kulturlandschaft und auf der Strasse und deren Protestbewegungen.

Die Querdenken-Proteste im Kontext der Corona-Pandemie veranschaulichen den letzten Punkt: innerhalb kürzester Zeit erkannten organisierte Rechte die Anschlussfähigkeit der Demonstrierenden an ihre Ideologie und setzten sich an die Spitze der Proteste, die sie somit inhaltlich dominieren konnten.

4.1 Die Faschisten da treffen, wo es wehtut!

Die außerordentliche Gefahr der AfD im Vergleich zu isolierten faschistischen Kleinstparteien oder Gruppen ist für uns deutlich. Es spielen die Größe, Infrastruktur und die enormen finanziellen Mittel eine Rolle. Noch bedeutender ist aber das Element der Vernetzung.

Die AfD ist der parlamentarische Arm der rechtspopulistischen bis faschistischen Bewegung in Deutschland. Im Laufe der letzten zehn Jahre setzte sich der offene faschistische Flügel innerparteilich durch. Die national-neoliberalen Teile verloren an Bedeutung. Die Partei behält

allerdings gleichzeitig ihr Zwischenstadium bei: denn die Partei fungiert als Sammelbecken für verschiedene rechte Kräfte und Spektren, von ideologisch gefestigten Faschisten bis zu christlichen Fundamentalist:innen. Die AfD vereint dadurch verschiedenste rechte und faschistische Kräfte, für die sie im Parlament Stimmen abgeben.

Hinter dieser Partei steht eine Bewegung – eine, die zwar divers ist, sich aber ihrer Gemeinsamkeiten sowie ihrer strategischen Vorteile in der Zusammenarbeit sehr wohl bewusst ist. Im letzten September standen so Mitglieder der gewaltbereiten „Revolte Rheinland“ zusammen mit dem AfD-Mitglied Christer Cremer auf dem sogenannten „Marsch für das Leben“ auf der Straße. **Dieser Bezug zur Straße muss uns hellhörig machen.** Er offenbart das faschistische Verständnis von Machtaufbau, das sich eben nicht auf das Parlament beschränkt, sondern auf der Straße, in Kultur und Betrieb aufgebaut werden soll. Die faschistische Bewegung sieht den Erfolg der Wahlpartei AfD nicht als größtes Ziel an.

Es wäre also ein Trugschluss, sich im Kampf gegen die AfD und die Bewegung dahinter auf die Spielregeln des Staates zu verlassen. Antifaschistische Praxis muss auf der Straße und in den Betrieben stattfinden, im Parlament können wir als revolutionäre Antifaschist:innen nichts gewinnen.

5. Wie weiter? Taktische Konsequenzen

Als Antifaschist:innen gilt es für uns, Rechte und Faschisten auf allen Ebenen zu bekämpfen und auf allen Ebenen die Einflussnahme zu verhindern, auch im Parlament. Aber das tun wir nicht im Parlament. Denn auf einem systemimmanenten Werkzeug der Herrschenden dürfen wir uns nicht ausruhen. Wir betonen in Parolen und Redebeiträgen immer wieder: unser Antifaschismus ist anti-kapitalistisch. Das heißt, wir werden die faschistische Gefahr erst endgültig mit dem Ende der kapitalistischen Herrschaft

los. Eine Herrschaft, die mit dem Gang zur Wahlurne immer wieder legitimiert wird. Wir können im Parlamentarismus deshalb nichts gewinnen, das bestmögliche Ergebnis ist der Erhalt des Status-Quo. **Darüber hinaus zu gehen ist nur im Kampf auf der Straße und im Betrieb möglich.**

Dennoch werden wir diesen Text nicht mit einem Wahlboykott beenden. Denn weder Wahlerfolge von linken, reformistischen Parteien, noch das Nicht-Wählen sind Gewinne für die linke Bewegung. Das bloße Nicht-Wählen ist kein Akt des Widerstandes. Das wird es erst, wenn Wahlboykotte eingebettet sind in eine politische Bewegung. Unsere politische Bewegung zu prägen ist unsere Aufgabe als Revolutionär:innen. Wir dürfen uns in unserem Kampf nicht an das bürgerlichen Politikverständnis, nicht an Wahlen und Parlamente binden. Politik für unsere Interessen heißt, sich zu organisieren. Freiheit entsteht als kämpfende Bewegung!





**ANTIFASCHISTISCHER
AUFBAU KÖLN**

